

EU-Nachrichten 11 2018

KURZ & KNAPP

Grenzsicherung und Migration 3

EU will Mittelausstattung fast verdreifachen

IM FOKUS

EU-Haushaltsplanung 5

Ehrgeiziges Programm für Forschung und Entwicklung vorgelegt

Agrarpolitik 6

Mehr Entscheidungsspielraum und Verantwortung für die EU-Mitgliedstaaten

350.000 TEILNEHMER BIS 2027

Solidaritätskorps soll größer werden

Mindestens 350.000 junge Menschen sollen bis 2027 die Möglichkeit erhalten, mit dem Europäischen Solidaritätskorps (ESC) in einen anderen EU-Staat zu gehen und dort bei der Integration von Migranten und bei anderen gesellschaftlichen Aufgaben mitzuarbeiten. Möglich sind Einsätze als Freiwillige, Praktikanten oder befristet Beschäftigte. Neu ist, dass Freiwilligenhilfe außerhalb der EU jetzt auch zum Angebot des ESC gehört. Bisher haben sich 64.000 junge Menschen beim Solidaritätskorps angemeldet, rund 5.000 davon aus Deutschland.

„Solidarität ist einer der Grundwerte der Europäischen Union, und der Erfolg des Europäischen Solidaritätskorps zeigt, dass es unter jungen Menschen eine hohe Nachfrage nach solidarischen Tätigkeiten gibt“, sagte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger. „Deshalb haben wir die Finanzmittel für das Europäische Solidaritätskorps im nächsten EU-Haushalt erheblich aufgestockt.“

EU stockt Mittel für ESC auf



EU-Kommissionspräsident Juncker erklärte US-Präsident Trump beim G7-Gipfel, dass EU-Exporte die nationale Sicherheit der USA nicht bedrohen.

ZOLLSTREIT MIT DEN USA

EU will globale Handelsordnung verteidigen

Handel und Investitionen, die frei und fair sind, bringen allen Beteiligten Vorteile und sind ein entscheidender Motor für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. So heißt es in der Schlusserklärung des G7-Gipfels von Kanada, und die EU bekennt sich ausdrücklich zu diesen Formulierungen, auch nachdem US-Präsident Donald Trump seine Zustimmung zu der G7-Erklärung nachträglich per Twitter wieder zurückgezogen hat.

> Der Text spiegele „die Werte und Politik wieder, für die die EU einsteht und die wir verteidigen werden“, erklärte die EU-Kommission. Die EU „wird weiter für ein internationales, auf Regeln basierendes, multilaterales System eintreten“. Dieses und der Kampf gegen Protektionismus spielten eine „entscheidende Rolle“ im internationalen Handel, heißt es in der G7-Erklärung.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte der US-Delegation in Kanada anhand von Fakten, „warum die EU ein Verbündeter ist und keine Bedrohung der nationalen Sicherheit“, wie er sagte. Mit dieser Begründung hatte die Trump-Regierung zum 1. Juni Strafzölle von

25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumimporten – auch aus der EU – in Kraft gesetzt. Dies sei „schlicht und einfach Protektionismus“, hatte Juncker erklärt. „Die USA lassen uns keine andere Wahl, als ein WTO-Streitschlichtungsverfahren voranzutreiben und zusätzliche Zölle auf eine Reihe von Importen aus den USA zu verhängen“, sagte er. In Kanada bot Juncker an, so schnell wie möglich nach Washington zu reisen, um mit Trump weiter daran zu arbeiten, die Meinungsverschiedenheiten über die Handelsbeziehungen „in freundlicher Weise“ zu lösen. „Aber wir werden nicht mit einer Pistole an der Schläfe verhandeln“, wiederholte der Kommissionspräsident. Die Europäer präsentierten sich in dieser Frage geint. >>

HANDEL ZWISCHEN DER EU UND DEN USA 2016

Angaben in Milliarden Euro

Güterhandel

(Wichtigste Güter in dieser Rangfolge: Arznei und Medizinprodukte, Maschinen, Luftfahrtausrüstung)



(Wichtigste Güter in dieser Rangfolge: Arznei und Medizinprodukte, Autos und Fahrzeuge, Luftfahrtausrüstung; Maschinen)

Importe aus den USA: 250,5

Exporte in die USA: 363,7

Dienstleistungshandel

(Rangfolge: Gebühren für Urheberrechte, Reisedienstleistungen, Verkehrsdienstleistungen)



(Rangfolge: Verkehrsdienste, Finanzdienstl., Telekom-Computer- Kommunikationsdienstl.)

Importe aus den USA: 219,3

Exporte in die USA: 218,0

Direktinvestitionen

von USA in EU: 2.391

Von EU in die USA: 2.744

Bilder: Shutterstock

Quelle: EU-Kommission

Gegenzölle gegen die US-Stahl- und Aluminiumabgaben plant auch Kanada. Damit hatte Trump die Rücknahme seiner Zustimmung zur G7-Erklärung begründet. Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte das im ARD-Fernsehen „ernüchternd und ein Stück deprimierend“. Sie bekräftigte, dass die EU die US-Zölle nicht einfach hinnehmen werde. Das gelte auch, wenn Trump seine Drohung wahr macht, Strafzölle auf den Import vor allem deutscher Autos zu verhängen. „Dann müssen wir uns wieder überlegen, was wir tun“, so Merkel.

USA schaden sich selbst

Die US-Strafzölle werden nach Einschätzung von Gustav Horn, Volkswirt am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), den USA mehr schaden als den Europäern. Denn dort sei der Sektor, der Stahl und Aluminium verarbeitet, wesentlich größer als der, der die Metalle produziert. Politischer Druck könne dazu führen, dass US-Präsident Trump „möglicherweise zu einer Kurskorrektur“ gezwungen werde, sagte der Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts.

Die jedes Jahr zwischen der EU und den USA gehandelten Waren und Dienstleistungen haben laut Kommission einen Wert von über einer Billion Euro, wobei der Trend nach oben zeigt. Für beide Seiten ist der jeweils andere Partner der größte Exportmarkt. Die USA profitieren besonders von europäischen Investitionen, deren Volumen sich in den vergangenen 15 Jahren verdoppelt hat und die 70 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in den USA ausmachen. Der transatlantische Handel habe 6,9 Millionen Arbeitsplätze in den USA geschaffen und 4,7 Millionen in der EU. (frh/ste/ank) >

Zur Abschlusserklärung des Gipfels

EU-Interessen weltweit schützen

Weltweit setzt sich die EU-Kommission für den Schutz europäischer Unternehmen ein. Handelskommissarin Cecilia Malmström legte etwa eine WTO-Beschwerde ein, weil Peking EU-Firmen zwingt, chinesischen Unternehmen Eigentums- und Nutzungsrechte an ihrer Technologie abzutreten. „Technologische Innovation und Know-how sind die Basis unserer wissensbasierten Wirtschaft“, erklärte Malmström. „Wir können nicht zulassen, dass ein Land unsere Unternehmen dazu zwingt, dieses hart erarbeitete Wissen an der Grenze abzugeben.“ Die USA gehen seit Ende März in einem ähnlichen Verfahren gegen China vor.

>> Gegenzölle ab Juli geplant

Ab dem 1. Juli sollen Gegenzölle eingeführt werden. Zusätzliche Abgaben von 25 Prozent sollen auf zahlreiche US-Stahlerzeugnisse sowie auf andere Produkte wie Reis, Preiselbeeren, Orangensaft, Zigaretten, T-Shirts, Kosmetika, Motorräder oder Segelboote erhoben werden. Die Vorbereitungen mit den Mitgliedstaaten sollten bis Monatsende abgeschlossen werden, teilte die Kommission mit.

Den wirtschaftlichen Schaden, der ihr durch die US-Strafzölle entsteht, beziffert die EU auf 6,4 Mrd. Euro. Die Gegenzölle sollen zunächst in Höhe von 2,8 Mrd. Euro erhoben werden. Zusatzabgaben in Höhe der restlichen 3,6 Mrd. Euro würden in drei Jahren eingeführt oder sobald die WTO in dem von der EU am 1. Juni angestrebten Streitschlichtungsverfahren den Europäern Recht gegeben habe, hieß es weiter.

Aus Sicht des Handelsexperten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Gabriel Felbermayr, dürfen die EU und die anderen WTO-Mitglieder Präsident Trump mit den Strafzöllen nicht durchkommen lassen. „Wer im Handelsstreit mit Donald Trump zurückzieht, riskiert, dass die ganze Welthandelsorganisation (WTO) auseinanderfällt. Das wäre für Deutschland ein viel größeres Risiko als eine Eskalation mit den

Vereinigten Staaten, denn 80 Prozent der deutschen Exporte außerhalb der EU gehen nicht in die Vereinigten Staaten“, schrieb Felbermayr in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Laut Eurofer, dem europäischen Stahlverband, werden jährlich 5 Mio. Tonnen Stahl aus der EU in die USA exportiert. Aus Deutschland kommen 1,3 Mio. Tonnen, was laut Wirtschaftsvereinigung Stahl 4 Prozent der gesamten deutschen Exporte und 22 Prozent der deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU entspricht. Experten erwarten, dass US-Abnehmer auf einige deutsche Spezialstahlprodukte nicht verzichten können. Sie müssten den Zoll dann bezahlen, was ihre aus dem Stahl hergestellten Produkte teurer machen würde.

Die EU bereitet auch sogenannte „safeguard measures“ zum Schutz ihrer Stahlindustrie vor, da sie davon ausgeht, dass aufgrund der US-Strafzölle Millionen Tonnen von Stahl etwa aus China, Brasilien oder Russland nach Europa umgeleitet werden. Eurofer erwartet, dass dies 13 Mio. Tonnen Stahl im Jahr sein könnten. Aufgrund akuter Bedrohung einer Industriebranche sind handelspolitische Schutzvorkehrungen nach den Regeln der WTO erlaubt.

GRENZSICHERUNG UND MIGRATION

EU-Haushaltsmittel sollen fast verdreifacht werden

Zum Schutz ihrer Außengrenzen und zur Bewältigung der Migration soll die EU nach dem Willen der EU-Kommission erheblich mehr Geld in die Hand nehmen als bisher. Sie will die Mittelausstattung dafür im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021 bis 2027 verglichen zum laufenden Haushaltsrahmen nahezu verdreifachen. Insgesamt sollen 34,9 Mrd. Euro für Migration und Grenzmanagement zur Verfügung stehen, schlug die Kommission vor. Der aktuelle Mehrjahreshaushalt sieht dafür 13 Mrd. Euro vor.

Der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans sprach von einer „beispiellosen“ Mittelaufstockung. Die EU wisse, dass Migration auch künftig eine Herausforderung bleiben wird. In die Sicherung der

Grenzen sollen 21,3 Mrd. Euro fließen. Der Kommissionsvorschlag sieht unter anderem vor, einen neuen separaten Fonds für integriertes Grenzmanagement zu schaffen und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache durch ein neues ständiges Korps von rund 10.000 Grenzschutzbeamten zu verstärken. Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten müssen sich zunächst auf die Ausstattung des Mehrjahreshaushalts sowie der einzelnen Haushaltsposten einigen.

■ Mehr Geld für sichere Grenzen



SCHUTZ VOR TERRORISTEN

Analyse hybrider Bedrohungen soll ausgeweitet werden

Die 2016 beim Auswärtigen Dienst der EU eingerichtete Analyseeinheit für hybride Bedrohungen soll ausgebaut werden. Es sollen Experten für den Umgang mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen und solche für Spionageabwehr und Cybersicherheit dazukommen, kündigte die EU-Kommission an. Das ist Teil der Aktivitäten, mit denen der 2016 beschlossene Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen verwirklicht und weiterentwickelt werden soll. Außerdem wollen EU-Organe und Mitgliedstaaten etwa eine „sichere Online-Plattform zur Desinformation“ einrichten und die Ausbildung von Experten zur Abwehr von Cyberangriffen koordinieren.

Bis Ende 2018 soll eine Liste chemischer Stoffe erarbeitet werden, die in der Hand von Terroristen und Agenten eine Gefahr darstellen. Dann soll mit der Industrie diskutiert werden, wie sich verhindern lässt, dass solche Stoffe in falsche Hände gelangen. Außerdem soll erfasst werden, wo es in der EU wichtige medizinische Gegenmittel und Behandlungsmöglichkeiten gibt. „Der Anschlag von Salisbury hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die Bedrohung durch chemische, biologische, radiologische und nukleare Risiken sehr real ist“, sagte der für die Sicherheitsunion zuständige EU-Kommissar Julian King. Auch habe sich gezeigt, dass Wahlkämpfe strategische und empfindliche Angriffsziele seien.

■ EU verstärkt Abwehr

BREXIT-VERHANDLUNGEN

Nordirisch-irische Grenze wirft weiter Fragen auf

Die Frage, wie nach dem Brexit Grenzkontrollen zwischen Irland und Nordirland vermieden werden sollen, bereitet in den EU-Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich weiter Kopfzerbrechen. EU-Chefunterhändler Michel Barnier begrüßte zwar, dass London einen Vorschlag vorgelegt hat, zweifelte aber an dessen Praxistauglichkeit. „Das Papier wirft mehr Fragen auf, als dass es Antworten liefert“, sagte Barnier. Nach dem britischen Notfallplan will sich London notfalls auch noch nach der Brexit-Übergangsphase, die Ende 2020 auslaufen soll, an die Regeln der Europäischen Zollunion halten. Bis spätestens Ende 2021 soll dann aber eine andere Lösung gefunden werden, um eine „harte“ Grenze zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden.

Barnier machte deutlich, dass er dies für keine funktionsfähige Lösung hält, weil die Briten sich nicht dazu geäußert hätten, wie die erforderliche Gleichheit der Regulierung gewährleistet werden soll. Außerdem sei ein zeitlich befristeter Notfallplan kein Notfallplan, betonte Barnier. Er verwies auf den Vorschlag der EU, wonach Nordirland nach dem Brexit weiter im EU-Binnenmarkt und der Zollunion bleiben soll, falls keine andere Lösung gefunden wird. Der EU-Chefunterhändler sieht auch noch erheblichen Handlungsbedarf beim Thema Datenschutz und dem Schutz der geografischen Ursprungsbezeichnungen sowie in Beihilfefragen.

■ Offene Fragen zu nordirisch-irischer Grenze

EU-GESETZGEBER EINIGEN SICH

Obergrenzen für Telefonate ins Ausland werden eingeführt

Nach der Abschaffung der Roaminggebühren sollen nun die Preise für Telefonate und SMS vom Heimatland in andere EU-Staaten gedeckelt werden. Darauf haben sich Vertreter von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament in den Verhandlungen über das neue EU-Telekommunikationsrecht geeinigt. Künftig sollen für solche Anrufe vom Festnetz oder Smartphone nicht mehr als 19 Cent pro Minute verlangt werden dürfen, für SMS in andere EU-Staaten nicht mehr als 6 Cent. Die Preisvorgabe ist ein Element der neuen Rahmenregelung für die Telekombranche, die in gut zwei Jahren angewendet werden muss.

Mit den neuen Telekomregeln wird zudem das Ziel vorgegeben, dass bis Ende 2020 die 5G-Technik in der EU zur Verfügung steht. Das gilt als Grundvoraussetzung für Neuerungen wie vernetzte Autos oder das Internet der Dinge. „Diese Entscheidung ist wesentlich, um Europas wachsenden Vernetzungsbedarf zu erfüllen und seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern“, erklärte EU-Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip. Von der Nutzung der 5G-Technik verspricht sich die Kommission zwei Millionen neue Arbeitsplätze. Beschlossen wurden auch neue Verbraucherrechte etwa zum Anbieterwechsel und die Ausweitung bestimmter Regelungen auf neue Online-Akteure wie Skype oder WhatsApp, die mit herkömmlichen Betreibern konkurrieren.

■ Einigung zu EU-Telekomrecht

EU-Staaten sollen mehr Unterstützung bei Reformen bekommen



Wichtige nationale Reformen, etwa zur langfristigen Stabilisierung der Rentensysteme, will die EU-Kommission finanziell unterstützen.

> „Wir sollten unseren eigenen Währungsfonds haben und sollten dort für alle Krisenfälle auch Vorsorge treffen.“ Zudem müsse sich Europa um eine stärkere wirtschaftliche Konvergenz bemühen. „Deshalb schlage ich ein Investitionsbudget vor, mit dem man die stärkt, die heute noch schwächer sind“, sagte Merkel. Sie sehe „nicht so umfangreiche Finanztöpfe, die intergouvernemental verwaltet werden sollten, wie das die französischen Vorschläge sind“, könne sich aber gut vorstellen, dass mehr für die Konvergenz im Euroraum getan werde.

Die EU-Kommission schlägt vor, dass EU-Staaten ab 2021 für zukunftsweisende Reformen etwa der Renten- und Gesundheitssysteme oder des Arbeitsmarkts aus einem neuen EU-Reformumsetzungsinstrument Zuschüsse erhalten. Mit diesen könnten zum Beispiel die Folgen der Reformen für bestimmte Gruppen abgedeckt werden. Bis 2027 will die EU-Kommission für dieses Instrument mehr als 22 Mrd. Euro verfügbar machen. Für Vorbereitungen auf eine Euro-Einführung sollen in einer „Konvergenzfazilität“ 2,16 Mrd. Euro bereitstehen.

Die Vorschläge gehören zur Strategie der Kommission für eine Vertiefung und Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). „Durch die Förderung von Reformen in den Mitgliedstaaten und die Stabilisierung öffentlicher Investitionen in Zeiten nachlassender Konjunktur werden die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und des Euro-Währungsge-

biets insgesamt stärken“, erklärte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici sagte, es gehe um das „Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität“ in der EU. Neben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sei in der WWU auch „mehr Unterstützung“ bei Reformen und Krisen nötig. Moscovici und Dombrovskis betonten, die neuen Instrumente würden nicht zu „permanenten Transfers“ zwischen den Mitgliedstaaten führen.

Zuschüsse zu Strukturreformen müssten die Mitgliedstaaten bei der EU-Kommission beantragen und dafür beschreiben, welche Reformen sie innerhalb von drei Jahren erreichen wollen. Vorrangig soll es dabei um Veränderungen gehen, die dem jeweiligen Staat im Europäischen Semester zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik von den EU-Partnern empfohlen wurden. Die Kommission soll das Reformprogramm vereinbaren und den Zuschuss festlegen. Jeder Mitgliedstaat hätte Anspruch auf maximal den Teil am Gesamtbudget, der seinem Bevölkerungsanteil entspricht. Bei Deutschland wären das derzeit rechnerisch etwa 3,48 Mrd. Euro, nach dem Brexit bei einem auf etwa 18,1 Prozent gestiegenen Bevölkerungsanteil rund 3,98 Mrd. Euro. Ausgezahlt werden soll, wenn die Reformen wie vereinbart umgesetzt sind.

Investitionen im Krisenfall schützen

Damit Wirtschaftskrisen nicht länger und schlimmer werden, weil geplante Investitionen aufgegeben werden, schlägt die Kommission

Die Diskussion über die Vertiefung und Sicherung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nimmt vor dem EU-Gipfel am 28. und 29. Juni an Intensität zu. In den vergangenen Tagen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Vorstellungen der Bundesregierung präsentiert und skizziert, wo sie Kompromissmöglichkeiten mit den Plänen der französischen Regierung sieht. Für die EU-Kommission begrüßte Chefsprecher Margaritis Schinas die Vorschläge. Sie würden die Einheit der EU stärken und nährten die Hoffnung, dass beim EU-Gipfel „Entscheidungen getroffen“ werden könnten. Merkel hatte in Berlin gesagt, dass die EU unabhängiger vom Internationalen Währungsfonds werden müsse.

eine „Investitionsstabilisierungsfunktion“ für Euro-Staaten und Teilnehmer am Wechselkursmechanismus II vor. Sie soll greifen, bevor etwa der Euro-Rettungsschirm ESM einspringt. „Die Erfahrung zeigt, dass asymmetrische Schocks an erster Stelle die Investitionen treffen“, sagte Moscovici. Wirtschaftlich sei ein Verzicht auf Investitionen aber „absurd“. Kriterium für eine schwere Krise soll eine Arbeitslosenquote über dem 15-jährigen Mittelwert sein, die innerhalb eines Quartals um einen Prozentpunkt steigt. Die Zinsen für die Kredite soll ein neu einzurichtender EU-Stabilisierungsfonds übernehmen. (frh) >

Kohäsionspolitik nach 2020

Schutz vor Euro-Falschgeld

Das EU-Programm „Perikles“, über das Trainingsprogramme oder Ausrüstung zum Schutz von Euro-Bargeld vor Fälschungen finanziert werden, soll von 2021 bis 2027 mit 7,7 Mio. Euro ausgestattet werden. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Zwischen 2014 und 2020 stehen 7,3 Millionen Euro zur Verfügung. Es gebe weiterhin eine ernsthafte Gefahr, dass Euro-Banknoten und -münzen gefälscht werden, sagte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici. „Im Dark-Web sind zunehmend täuschend echte Fälschungen und Sicherheitsfeatures verfügbar, und es gibt bestimmte Fälschungs-Hotspots“, sagte er.

Ehrgeiziges Programm für Forschung und Entwicklung vorgelegt

Die EU soll Weltspitze bei Forschung und Innovationen bleiben. Das ist das Ziel der EU-Kommission. Dazu beitragen soll eine Aufstockung des Forschungsprogramms „Horizont Europa“ auf 97,6 Mrd. Euro für 2021 bis 2027. Das Vorgängerprogramm Horizont 2020 ist mit 80 Mrd. Euro ausgestattet. „Investitionen in Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunft Europas“, sagte der für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Jyrki Katainen. Das neue Programm solle dazu beitragen, „dass sich das Leben der Bürgerinnen und Bürger weiter verbessert und in der Gesellschaft insgesamt wirklich etwas bewegt wird.“



Daten aus dem Weltraum sind für Forschung und Wirtschaft sehr wichtig. Die EU kann hier etwa ihre Satellitennavigations- und Erdbeobachtungssysteme nutzen.

> Ein Schwerpunkt soll darauf liegen, aus den zahlreichen Forschungsergebnissen und Entdeckungen von Weltrang in der EU auch Innovationen zu machen, die wirtschaftlich verwertbar sind. Die Förderung bahnbrechender Innovationen soll durch einen fest etablierten Europäischen Innovationsrat (European Innovation Council - EIC) verbessert werden.

„Märkte der Zukunft“ mitbestimmen

Diesen hat die Kommission bereits als Pilotprojekt auf den Weg gebracht, als sie im Oktober die Weichen für das „Horizont“-Arbeitsprogramm für 2018 bis 2020 gestellt hat. Über den EIC sollen Mittel aus verschiedenen EU-Programmen gebündelt werden, analog zu dem seit zehn Jahren bestehenden Europäischen Forschungsrat (ERC), der Grundlagenforschung fördert. Ziel ist es, hochriskante Innovationen mit großem Gewinnpotenzial zu fördern, um die „Märkte der Zukunft“ zu schaffen, die auch viele neue Arbeitsplätze in der EU entstehen lassen. Künstliche Intelligenz, Genetik oder Blockchain-Technologie: Solche Schlüsseltechnologien bilden den Kern der vielversprechendsten bahnbrechenden Innovationen.

Die Mittel des Forschungsetats werden verzahnt mit anderen EU-Programmen. So spielt etwa die Entwicklung künstlicher Intelligenz auch eine Rolle in dem erstmals geplanten Budget für Digitalisierung. Unter anderem schlägt die Kommission „Algorithmenbibliotheken“ vor, um es

dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft zu erleichtern, für sie die jeweils besten Lösungen zu finden. Für die Forschung wichtig ist hier auch die Förderung von Hochleistungsrechnern mit 2,7 Mrd. Euro. Bis 2023 müsse die EU bei Superrechnern wieder zur Weltspitze gehören, sagte Digitalkommissarin Mariya Gabriel. Außerdem sollten sich die Europäer auf Bereiche konzentrieren, in denen sie stark seien, etwa Robotik sowie die Mikro- und Nanotechnologie.

Um die größten Herausforderungen der Gesellschaft anzugehen, sollen Regierungen der EU-Staaten, Forscher, Unternehmer und Bürger EU-weite Forschungs- und Innovationsaufgaben definieren, schlägt die Kommission vor. Die Themenpalette könne vom Kampf gegen Krebs

über klimaverträglichen Verkehr bis zu plastikfreien Ozeanen reichen.

Innovationspotenzial des Weltraums nutzen

Viel Innovationspotenzial sieht die Kommission auch in der Raumfahrtspolitik. „Weltraumdaten können unserer Wirtschaft helfen, beim Internet der Dinge und beim automatisierten Fahren eine führende Rolle zu spielen, und sie können uns dabei helfen, Treibhausgasemissionen genauer zu überwachen, was unsere Klimapolitik noch wirksamer machen wird“, sagte Kommissionsvizepräsident Maros Šefčovič. Die EU setzt hier auf die Nutzung ihrer Satellitennavigationsysteme Galileo und Egnos und des Erdbeobachtungssystems Copernicus. Mit Galileo werde eine Bestimmungsgenauigkeit auf 20 Zentimeter erreicht, „das eröffnet unseren Unternehmen ganz neue Möglichkeiten“, so Šefčovič.

Mehr tun will die EU, um sich beim Zugang zum Weltraum von anderen Ländern unabhängig zu machen. Dabei geht es sowohl um die Entwicklung neuer Trägerraketen auf Basis des europäischen Modells Ariane, als auch um neue Startplätze. Derzeit hat die EU einen eigenen Startplatz in Französisch Guayana. „Viele EU-Unternehmen gehen nach Indien, um Satelliten in den Weltraum zu bringen. Da wollen wir ansetzen“, sagte Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska. (frh) >

Neues Programm „InvestEU“

Viele der derzeitigen EU-Instrumente zur Investitionsförderung sollen ab 2021 in dem Programm „InvestEU“ gebündelt werden, allen voran die bisherige Investitionsoffensive EFSI. Über EU-Garantien sollen von 2021 bis 2027 so etwa 650 Mrd. Euro Investitionen – hauptsächlich privater Geldgeber – angestoßen werden, die auch in Forschungsprojekte fließen würden. Möglich machen sollen das Garantiezusagen zur Verlustabfederung über 38 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt, ergänzt um weitere Zusagen, etwa von Förderbanken oder Mitgliedstaaten.

■ 100 Mrd. Euro für Forschung und Innovation

Modernere und einfachere Agrarpolitik angestrebt



Die stärkere Förderung kleinerer Höfe und das Erreichen von Umweltschutzziele sollen im Zentrum der künftigen EU-Landwirtschaftspolitik stehen.

> Der Vorschlag „setzt das Engagement der Kommission für eine Modernisierung und Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik um, da er für die Mitgliedstaaten echte Subsidiarität bedeutet, einen widerstandsfähigeren Agrarsektor in Europa gewährleistet und die Umwelt- und Klimaschutzziele der Politik verstärkt“, sagte EU-Agrarkommissar Phil Hogan.

Großer Beitrag zum Umweltschutz erwartet

Nach der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Arbeitsweise sollen die Mitgliedstaaten Strategiepläne aufstellen, die von der Kommission genehmigt werden müssen. Dabei sollen eine Reihe von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen eingehalten werden. Unter anderem sollen 40 Prozent aller Agrarmittel zum Klimaschutz beitragen. Von dem Anteil des Agrarbudgets, der nicht als Beihilfen direkt an Landwirte geht, sondern der Entwicklung länd-

Ein knappes Drittel des Budgets

Die Agrarförderung in der EU läuft komplett über den EU-Haushalt, deshalb waren die Agrarausgaben dort jahrzehntelang der größte Posten. 1970 machten sie noch über 90 Prozent des Gesamtbudgets aus, doch das hat sich nach vielen Reformen geändert. Forschung, Innovation und Bildung haben an Bedeutung gewonnen. Im künftigen mehrjährigen Finanzrahmen hätten die Agrarausgaben laut Kommissionsvorschlag einen Anteil von 28,5 Prozent. Das wäre erstmals weniger als ein Drittel.

licher Gebiete zugute kommt, sollen mindestens 30 Prozent dem Umwelt- und Klimaschutz gewidmet werden.

Die von der bewirtschafteten Fläche abhängigen Beihilfezahlungen an einzelne Betriebe sollen ab 60.000 Euro gekürzt und ab 100.000 Euro gedeckelt werden, bei anteiliger Berücksichtigung der Arbeitskosten. Kleinere Betriebe sollen eine höhere Unterstützung je Hektar erhalten. Zwei Prozent der Direktzahlungen sollen zur Förderung von Betriebsgründungen von Junglandwirten ausgegeben werden, außerdem soll Geld aus dem Topf für ländliche Entwicklung eingesetzt werden, um Flächenübertragungen zu erleichtern. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, bis zu 15 Prozent der ihnen zugewiesenen Agrarmittel zwischen den beiden Säulen der Agrarpolitik – Direktzahlungen und ländliche Entwicklung – umzuschichten. Das soll ihnen ermöglichen, eigene Prioritäten zu setzen.

Die EU-Kommission will helfen, die Lebensqualität in ländlichen Regionen zu verbessern, indem sie deren Versorgung mit Breitbandkabeln für Internet und Kommunikation fördert. Damit moderne Technologien wie etwa digital gesteuerte Fütterungs- oder Düngesysteme den Bauern im weltweiten Konkurrenzkampf helfen, werden zudem auch EU-Mittel außerhalb des Agrarbudgets mobilisiert. So schlägt die Kommission vor, 10 Mrd. Euro aus dem künftigen Forschungsprogramm „Horizont Europa“ zur Innovationsförderung in der Land-, Ernährungs- und Biowirtschaft und im ländlichen Raum

Die EU-Mitgliedstaaten sollen künftig mehr Entscheidungsspielraum und Verantwortung in der Frage bekommen, wie und wo sie EU-Gelder zur Förderung von Landwirten und ländlichen Gebieten einsetzen. Das sehen die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne für die gemeinsame Agrarpolitik der Jahre 2021 bis 2027 vor. Alle Staaten müssen dabei ehrgeizige Umwelt- und Klimaschutzziele erreichen, die gemeinsam auf EU-Ebene festgelegt werden. Eine weitere Vorgabe ist, dass kleinere und mittlere Höfe künftig stärker gefördert werden sollen als große Betriebe.

bereitzustellen. Moderne Technik, etwa durch Satelliten, soll auch bei der Überprüfung der Angaben aus den Beihilfeanträgen noch stärker eingesetzt werden und viele Kontrollen vor Ort überflüssig machen. „Diese soliden Vorschläge werden zur Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors beitragen und seine Nachhaltigkeit stärken“, sagte der für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Investitionen zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen.

Agrarausgaben sollen insgesamt sinken

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) erwartet intensive Beratungen von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament, denen die Vorschläge nun vorgelegt werden. Sie sehe wie die Kommission Direktbeihilfen als wesentliches Element der Einkommenssicherung von Landwirten und damit für lebendige ländliche Räume an, sagte sie. Klöckner sprach sich auch für eine noch stärkere Förderung von Umwelt- und Klimaschutzleistungen und von kleinen Betrieben aus. Eine Kappung der Direktbeihilfen bei 100.000 Euro will sie allerdings nicht.

Das EU-Agrarbudget soll im mittelfristigen Haushaltsrahmen von 2021 bis 2027 laut Vorschlag insgesamt 365 Mrd. Euro umfassen. In den sieben Jahren davor waren es gut 408 Mrd. Euro. 265,2 Mrd. Euro sollen direkt an Landwirte fließen und 20 Mrd. Euro in die Marktstützung. Der ländliche Raum soll mit 78,8 Mrd. Euro gefördert werden. (frh/ste) >

■ *Agrarpolitik nach 2020*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 18.06.2018 19.00 Uhr	„Rechtspopulismus in Europa. Die liberale Demokratie unter Druck“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Hamburg, europe direct Info-Point Europa Hamburg	Hamburger Kammerspiele Hartungstraße 9-11 20146 Hamburg	www.fes.de/julius-leber-forum/
> 19.06.2018 08.20 Uhr	„Euro-Reformen: Europa vor dem Gipfel“ EU to go spezial. Das 30-Minuten-Frühstück. Veranstalter: Jacques Delors Institut	Jacques Delors Institut Pariser Platz 6 10117 Berlin	www.delorsinstitut.de/nachrichten/eu-to-go-spezial-euro-reformen-europa-vor-dem-gipfel/
> 19.06.2018 12.15–13.45 Uhr	„Europe's Banking Union: Achievements and Prospects“ SAFE Policy Lecture Veranstalter: SAFE Sustainable Architecture for Finance in Europe	House of Finance Goethe-Universität Frankfurt Theodor-W.-Adorno-Platz 3 60323 Frankfurt am Main	https://safe-frankfurt.de/events.html
> 19.06.2018 18.30–20.30 Uhr	„Berliner Europa-Dialog: 1968 – ein europäisches Jahr?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Dokumentationszentrum Vereinte Nationen – Europäische Union der Freien Universität Berlin, Europäisches Informationszentrum Berlin	Freie Universität Berlin Garystraße 14195 Berlin	www.europatermine.de/termine/datum/2018/juni/19/termin/einzel/berliner_europa_dialog_1968_ein_europaeisches_jahr.html
> 20.06.2018 19.00–20.30 Uhr	„Die Zukunft des sozialen Europa“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)	Haus der Universität Schadowplatz 14 40212 Düsseldorf	www.fine.uni-duesseldorf.de/
> 21.06.2018 09.00–16.00 Uhr	„Europäisches Kulturerbe – erforschen & erleben“ Informationsveranstaltung Veranstalter: NKS-Gesellschaft, Creative Europe Desk KULTUR, Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger«	Vertretung der Europäischen Kommission Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europatermine.de/termine/datum/2018/juni/21/termin/einzel/europaeisches_kulturerbe_erforschen_erleben.html
> 22.06.2018 09.30–23.00 Uhr	„European Cultural Heritage Summit“ Diskussion und Preisverleihung Veranstalter: Europäische Kommission, Deutsches Komitee für Denkmalschutz	Allianz Forum Pariser Platz 6 10719 Berlin Teil 2: Berlin Congress Center Alexanderstraße 11 10178 Berlin	https://sharingheritage.de/
> 22.06.2018 19.00 Uhr	„Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes – Politische Folgen und notwendige Konsequenzen aus den Panama- und Paradise-Papers“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Nürnberg e.V.	Caritas-Pirkheimer-Haus Königstraße 64 90402 Nürnberg	www.nuernberg.de/internet/eu_buero/
> 24.06.2018 11.00–17.00 Uhr	Mitmach-Markt „Our Heritage!“ Abschlussveranstaltung des Kulturerbegipfels Veranstalter: Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa	Platz vor dem Konzerthaus Gendarmenmarkt 10117 Berlin	https://sharingheritage.de/veranstaltungen/mitmachmarkt-auf-dem-gendarmenmarkt/
> 26.06.2018 15.30–17.00 Uhr	„Take your chance“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund, Auslandsgesellschaft NRW e.V.	Auslandsgesellschaft NRW e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/freiwilligendienst-europa/

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de**

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

„DISCOVER EU“

18-Jährige können sich für Reisegutscheine bewerben



© Shutterstock

Jugendliche aus allen EU-Staaten, die am 1. Juli 18 Jahre alt sind, können sich bis zum 26. Juni für eine Entdeckungsreise durch Europa im Sommer 2018 bewerben. Über die Initiative DiscoverEU vergibt die Europäische Union insgesamt 15.000 Zugtickets. Die Teilnehmenden können damit bis zu 30 Tage durch bis zu vier EU-Länder reisen. Eine Chance, die Vorteile der Reisefreiheit zu nutzen, Europas Vielfalt zu erleben, neue Freundschaften zu schließen und sich selbst besser kennenzulernen. Besonders attraktiv macht die Reisen zwischen dem 9. Juli und dem 30. September das derzeit laufende Europäische Kulturerbejahr mit seinen vielen Veranstaltungen.

Bewerber müssen zwischen dem 2. Juli 1999 und dem 1. Juli 2000 geboren und Staatsangehörige eines EU-Landes sein. Sie müssen sich zudem bereiterklären, nach der Reise für DiscoverEU über ihre Erlebnisse zu berichten. Außerdem sind noch fünf Quizfragen zu beantworten.

■ [DiscoverEU](#)

EUROPEAN CULTURAL HERITAGE SUMMIT

Berlin steht Ende Juni im Zeichen des Kulturerbejahres

Mit dem Europäischen Kulturerbejahr 2018 möchte die EU das Kulturerbe in Europa sichtbarer machen und die Menschen stärker daran teilhaben lassen. Das Kulturprogramm Kreatives Europa unterstützt auch eine der zentralen europäischen Veranstaltungen des Kulturerbejahres, den European Cultural Heritage Summit „Sharing Heritage – Sharing Values“. Er findet vom 18. bis 24. Juni 2018 in Berlin und Potsdam statt und wird gemeinsam organisiert von Europa Nostra, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) und dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK). Teil des Kulturerbejahres ist dieses Jahr auch die europaweit stattfindende „Fête de la Musique“ am 21. Juni.



© Mikko Hietanen / Shutterstock.com

Das Programm des Kulturerbejahres reicht von Workshops, etwa zur präventiven Konservierung oder zur Vermittlung von Kulturerbe an junge Menschen, über Podiumsdiskussionen, Vernissagen bis zu Ausstellungen.

■ [Zur Summit Programmübersicht](#)

EINIGE BESTIMMUNGEN ÄNDERN SICH

Neues EU-Recht für Pauschalreisen gilt ab 1. Juli



Zum 1. Juli treten die Vorschriften der geänderten EU-Richtlinie für Pauschalreisen in Kraft. Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland hat in der kostenlosen Broschüre „Auf Pauschalreise durch Europa – ihre Rechte kurz und knapp“ aufgelistet, was sich ändert, welche Rechte Pauschalreisekunden haben und wie sie diese geltend machen können. Neu ist zum Beispiel, dass auch einzelne Elemente von Reisen unter das Pauschalreiserecht fallen, die über miteinander verbundene Internetseiten gebucht wurden. Wer etwa über ein Buchungsportal einen Flug gebucht hat und von dort auf eine andere Seite weitergeleitet wird, auf der er innerhalb von 24 Stunden ein Hotel reserviert, ist dann sowohl gegen die Insolvenz des Buchungsportals als auch der Airline und des Hotels geschützt. Verbraucher können sich künftig auch beim Reisevermittler, etwa dem Reisebüro, beschweren.

Neu ist auch, dass Preise bis 20 Tage vor der Reise unter gewissen Bedingungen noch um bis zu acht Prozent erhöht werden dürfen – etwa wenn Treibstoffkosten steigen. Im umgekehrten Fall können Urlauber aber auch Preissenkungen verlangen.

■ [Zur Broschüre](#)

DEBATTE ÜBER ZUKUNFT DER EU

Überblick über Inhalte der Bürgerdialoge

Die von der EU-Kommission angestoßene öffentliche Diskussion über die Zukunft der EU ist in vollem Gang. Am 9. Mai wurde eine Internet-Konsultation eröffnet, deren Leitfragen von einer Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wurden. Bis zum EU-Gipfel von Sibiu im Mai 2019 können sich alle Interessierten daran beteiligen. „Mit den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament ist es Zeit zu entscheiden, welche Europäische Union der 27 wir sein sollen“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Seit 2012 hat die Kommission bereits rund 700 Bürgerdialoge quer durch die Mitgliedstaaten organisiert. Gut 500 sollen bis zu den Europawahlen Ende Mai 2019 noch folgen. In einer online verfügbaren Broschüre der Kommission sind der Diskussionsprozess und viele der dabei angesprochenen Themen dargestellt, von der sozialen Dimension der EU über die Vertiefung der Währungsunion bis zur gemeinsamen Verteidigungspolitik. Es werden auch die fünf Szenarien zur Zukunft der EU vorgestellt, die die Kommission in ihrem Weißbuch zur Zukunftsdebatte skizziert hat.

■ [Bürgerdialoge zur Zukunft Europas](#)